

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Mittwoch, 22.08.2007, 17:00 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2 (11. Etage), Ludgeriplatz 4, 48151 Münster.

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Funk, Frau Carmen Greefrath bis 19:35 Uhr (TOP 2.1 NÖ), Herr Christoph Jahn, Herr Josef Rickfelder

von der SPD-Fraktion

Herr Gerhard Dworok in Vertretung von Herrn Hergt, Frau Maria Anna Hakenes, Frau Marianne Hopmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Jutta Möllers, Herr Karl-Heinz Neubert

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Stephan Degen, Herr Dr. Norbert Köster in Vertretung von Herrn Messing, Frau Irmgard Köster-Goorkotte in Vertretung von Frau Lebkücher, Herr Johannes Röttgen in Vertretung von Herrn Prof. Dr. Heidrich, Herr Alexander Schmidt bis 18:45 Uhr (TOP 7), Herr Wilfried Stein

beratende Mitglieder

Herr Frank Beckmann, Frau Gerda Benien bis 19:20 Uhr (TOP 9), Herr Klaus Fröse bis 18:35 Uhr (TOP 7), Frau Dr. Andrea Hanke, Frau Beate Heeg, Frau Lisa Hester, Frau Petra Karallus in Vertretung von Frau Markerth, Frau Ute Kuchenbecker, Herr Spyridon-Paul Marinos, Frau Dr. Karin Obst, Frau Anna Pohl, Herr Ulrich Schindler, Herr Dieter Schönfelder, Herr Lutz Selig, Herr Jörg Siegel bis 19:20 Uhr (TOP 9), Frau Rita Tücking

als Sachverständiger

Herr Dr. Wolfgang Schneider vom Verein Indro e. V.

von der Verwaltung

Herr Gerd Bertling, Frau Petra Gittner, Frau Birgit Herdes, Frau Sibylle Kratz-Trutti, Herr Eckhard Linka, Herr Karl Materla, Herr Bernhard Paschert, Herr Frank-Detlev Philipp, Herr Georg Piepel, Frau Annette Tenhumberg, Frau Sabine Trockel, Herr Heiner Vogt, Herr Alwin vor der Brüggen

für die Schriftführung

Herr Heinz Lembeck

es fehlten entschuldigt

Herr Prof. Dr. Martin Heidrich, Herr Adrian Hergt, Frau Astrid-Maria Kreyerhoff, Frau Jutta Lebkücher, Herr Matthias Manglus, Frau Gabriele Markerth, Herr Ulrich Messing, Herr Henning Schneiderei, Frau Dr. Dorothee Schulze, Herr Klaus Tantow, Herr Norbert Weitz

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 22.08.2007

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|----|---|
| | 1. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 2. | Eingegangene Anträge und Eingaben |
| | 3. | Berichte und Mitteilungen |
| | 4. | Anfragen von Ausschussmitgliedern |
| | 5. | Vorstellen der Arbeit der Drogenberatungsstelle Münster gemeinsam mit dem Drogenhilfeverein Indro e. V. einschließlich Bericht über das Modellprojekt "SeM - Sekundäre Suchtprävention mit spätausgesiedelten jungen Menschen in Münster" |
| <u>V/0501/2007</u>
IV | 6. | Aufhebung der Schulbezirke für die städtischen Grundschulen
Festlegung der Zügigkeiten ab dem Schuljahr 2008/2009 |
| <u>V/0573/2007</u>
IV | 7. | Gesamtkonzept der Pflegekinderarbeit in Münster;
Bericht über die Entwicklung der Pflegekinderarbeit von 2004 bis 2006 |
| <u>V/0569/2007</u>
IV | 8. | Bildung von Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII;
hier: Auflösung der AG 1 "Kinderfreundlichkeit/ Kinderbeteiligung" und Weiterentwicklung der AG 7 "Mädchen" |
| | 9. | Verschiedenes |

Der Vorsitzende, Herr Rickfelder, eröffnete um 17:00 Uhr die 22. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Er begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- fragte der Vorsitzende nach Wünschen zur Änderung der Tagesordnung, die nicht vorlagen.

- informierte Herr Rickfelder darüber, dass als Tischvorlage von der Verwaltung eine Aufstellung mit den Kontaktadressen des Jugendrates und der Jugendforen der Stadt Münster verteilt wurde.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist

Auf Nachfrage wurde festgestellt, dass zu allen Tagesordnungspunkten die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen bzw. Verwaltungsmitarbeitern gewünscht wurde.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingegangene Anträge und Eingaben

Herr Rickfelder informierte über einige Unterlagen, die von Ausschussmitgliedern in der Sitzung verteilt wurden, den Jahresbericht des Deutschen Roten Kreuzes, eine Mitteilung des CVJM zur Zertifizierung einer Kindertageseinrichtung zum Familienzentrum und eine Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 5 „Tagesbetreuung für Kinder“ zu den Sprachstandsfeststellungen in Kindertageseinrichtungen.

Ferner teilte der Vorsitzende noch einmal den Termin für die geplante gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Schule und Weiterbildung sowie Kinder, Jugendliche und Familien am 30.11.2007 um 13:00 Uhr mit.

Punkt 3 der Tagesordnung

Berichte und Mitteilungen

Frau Pohl berichtete:

- 3.1. Zu dem Antrag der SPD-Fraktion vom 06.06.2007 zur Folgeabschätzung des KiBiz (Kinderbildungsgesetz) für die Stadt Münster:

Die SPD-Fraktion habe am 06.06.2007 beantragt die Verwaltung zu beauftragen, eine Folgeabschätzung des so genannten KiBiz für die Stadt Münster zu erstellen und dem Ausschuss sowie dem Rat der Stadt Münster vorzulegen. Der Antrag sei mit einem Hinweis auf eine ausstehende Stellungnahme zum SPD-Ratsantrag vom 28.03.2006 „Chancengerechtigkeit schaffen - Einstieg in den kostenlosen Kindergarten“ verbunden worden.

Nach einer Anhörung Ende August solle das Gesetz Ende Oktober verabschiedet werden und zum 01.08.2008 in Kraft treten. Entgegen der Ankündigungen des zuständigen Ministeriums lägen die Ausführungsvorschriften bisher jedoch noch nicht vor. Hinsichtlich der Bewertung der im Gesetz vorgesehenen Regelungen sowie der damit verbundenen Änderungen der Geschäftsprozesse bei dem Betrieb und der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen bestehe für die Träger als auch für die Verwaltung noch ein erheblicher Klärungsbedarf.

Die Verwaltung könne daher belastbare Folgeabschätzungen noch nicht vornehmen. Auch der SPD Antrag vom 23.03.2006 „Chancengleichheit schaffen - Einstieg in den kostenlosen Kindergarten prüfen“ könne vor dem Hintergrund der Einführung des KiBiz

und der damit zusammenhängenden Umstellung der Finanzierungssystematik noch nicht seriös beantwortet werden. Es solle versucht werden, hierzu am 17.10.2007 Aussagen zu treffen.

3.2. Zur einkommenssteuerrechtlichen Behandlung der Geldleistungen für Kinder in Kindertagespflege:

Bisher waren Geldleistungen an Tagesmütter und Tagesväter, wenn sie aus öffentlichen Mitteln gezahlt würden, steuerfrei. Dies solle sich nach Absprache der Obersten Finanzbehörden der Länder ab dem Jahr 2008 ändern. Dann sollten die Geldleistungen - abzüglich eines Freibetrags in Höhe von 300 €, wenn die Betreuung in der Wohnung der Pflegeperson stattfindet - voll versteuert werden.

Die Besteuerung der Geldleistungen habe weitergehende Folgen, da sich der veränderte Status der Geldleistungen auf die Sozialversicherungspflicht der Tagespflegepersonen auswirke. Dies gelte sowohl für die Kranken-, als auch für die Rentenversicherung.

Eine Betreuung der Kinder außerhalb des eigenen Haushalts werde für Tagesmütter und Tagesväter unter den finanziellen Rahmenbedingungen deutlich unattraktiver. Jedoch läge genau in diesem Bereich die Hoffnung auf flexible und innovative Ansätze, so z. B. den Ausbau von Angeboten der Tagespflege in Tageseinrichtungen.

In der Folge sei ein Rückgang der Tagespflegeplätze zu befürchten. Insbesondere gut qualifizierte Tagesmütter und Tagesväter könnten dazu übergehen, die Zahl der betreuten Kinder zu reduzieren, um nicht sozialversicherungspflichtig zu werden. Die Stadt Münster habe in einem Schreiben an den Deutschen Städtetag auf die möglichen negativen Folgen für die Kindertagespflege hingewiesen.

3.3. Zu einer Fachveranstaltung Zertifizierung/Gütesiegel für Kindertageseinrichtungen:

Im Rahmen des Qualitätsmanagements würden in Kindertageseinrichtungen bundesweit inzwischen verschiedenste Verfahren zur Überprüfung, Sicherung und Entwicklung der Qualität eingesetzt, an die zum Teil Zertifizierungen bzw. Gütesiegel geknüpft seien. Um Bedeutung, Möglichkeiten und Grenzen von Zertifizierungen bzw. Gütesiegeln für das Qualitätsmanagement der Kindertageseinrichtungen in Münster transparenter zu machen, plane das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien am 28.11.2007, ab 14:30 Uhr, ein Hearing zu diesem Themenbereich.

Die Veranstaltung richte sich an Fachleute aus den Kindertageseinrichtungen Münsters, an deren Träger, Dachorganisationen und Spitzenverbände sowie auch an die lokale Fachpolitik. In der Veranstaltung solle zunächst eine allgemeine Einführung und ein aktueller Überblick zum Entwicklungsstand der Thematik gegeben werden. Danach würden exemplarisch drei verschiedene Zertifizierungs-/Gütesiegelverfahren vorgestellt.

Die Veranstaltung solle dazu beitragen, Fachwissen und Haltungen zur Gütesiegelzertifizierung in den Kindertageseinrichtungen Münsters anzureichern. Einladungen würden rechtzeitig ergehen.

3.4. Zum Stand des Trägerwechsels Deutsches Rotes Kreuz Kindergarten Gescherweg 87, Gievenbeck, zur Outlaw gGmbH zum 01.10.2007:

Am 13.06.2007 habe der Rat beschlossen, dem anerkannten Träger der Kinder- und Jugendhilfe Outlaw gGmbH die Betriebsträgerschaft für die Kindertageseinrichtung am Gescherweg 87 (bisher: St. Michael II) zu übertragen. Im Rahmen der Folgeregelung für die Fortführung der ehemaligen katholischen Kindertageseinrichtung St. Michael II sei

der gesamte Standort Gescherweg 87 in den Blick genommen worden. Daher seien auch die Planungen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) zu berücksichtigen, das im selben Gebäude eine Kindertageseinrichtung betreibe. Vor den Sommerferien seien diesbezüglich Einzelgespräche und gemeinsame Gespräche mit dem DRK sowie der Outlaw gGmbH geführt und die potentiell betroffenen Eltern beteiligt worden. Die Gespräche seien positiv verlaufen.

Das DRK beantrage mit Wirkung zum 30.09.2007 den Betriebsübergang gemäß § 613a BGB und die Outlaw gGmbH die Erteilung einer Betriebserlaubnis für die Kindertageseinrichtung zum 01.10.2007. Die Gruppenstruktur der Einrichtung werde nach dem Trägerwechsel zunächst unverändert fortgeführt. Outlaw übernehme das vorhandene Personal.

Mit der Übernahme der Trägerschaft für die ehemalige Kindertageseinrichtung St. Michael II am selben Standort zum 01.01.2008 würden die bisher getrennten Einrichtungen in eine gemeinsame Struktur überführt. Die Gruppenstruktur solle den vorhandenen Bedarf im Rechtsanspruchsbereich und für u3-Angebote berücksichtigen. Zurzeit werde die Notwendigkeit von baulichen Änderungen für die Betreuung von unter 3-jährigen Kindern geprüft. Die Neukonzeption der Einrichtung werde darüber hinaus den Änderungen der gesetzlichen Vorgaben im Rahmen des KiBiz Rechnung tragen.

Da noch nicht alle Aspekte für eine Gesamtkonzeption des Standortes Gescherweg abschließend dargestellt werden könnten, könne eine entsprechende Beschlussvorlage erst in der Sitzung am 17.10.2007 vorgelegt werden.

3.5. Zur Information über das Projekt „Schulverweigerer“:

Mit dem „Projekt Schulverweigerung“ sollten schulabstinente Jugendliche an allen Schulen in Münster schnell erreicht werden. Vorrangiges Ziel des Projektes sei die schnelle Reintegration in das Regelschulsystem. In enger Kooperation mit dem kommunalen Sozialdienst und weiteren Fachkräften sollten adäquate Hilfsmöglichkeiten erarbeitet werden. Schülerinnen und Schüler würden die notwendige Unterstützung erhalten, um wieder in „ihre“ Schule gehen zu können. Somit werde einem Schulwechsel vorgebeugt und drohende Negativkarrieren würden aufgehalten.

Mit dem Projekt werde weiterhin das Ziel verfolgt, keine unbekanntenen Schulverweigerer mehr in Münster zu haben, d. h. es würden Strukturen geschaffen, die eine Meldung von Schulverweigerung unterstützen. Schulverweigerinnen und Schulverweigerer sollten passgenaue Hilfen erhalten. Dadurch würden spätere kostenintensive Maßnahmen verhindert werden können.

Seit Mitte Juli arbeite Dipl. Sozialpädagogin Dörthe Grönefeld für dieses Projekt im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien. Die Finanzierung erfolge durch Sponsoring der Volksbank und durch Projektmittel der AIM Jugend+. Die Stelle sei zunächst für ein Jahr befristet. Ziel sei es, innerhalb von 2 bis 3 Tagen Kontakt zu Schule, Jugendlichen und Eltern aufzunehmen und die Reintegration vorzubereiten. Eine Berichtsvorlage werde für die nächste Sitzung erstellt.

3.6. Zum Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“:

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster habe sich erfolgreich um das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ beworben. Für die Dauer von drei Jahren würden somit vielfältige Projekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus freier und gemeinnützig anerkannter Träger in Münster durchgeführt.

Leitziel des so genannten münsteraner „lokalen Aktionsplans“ im Rahmen des Bundesprogramms sei: In Münster lernen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aller Kulturen konstruktive Alternativen zur gewaltsamen Konfliktaustragung in Familie, Schule und Freizeit und leben ein respektvolles Miteinander.

Für die Umsetzung stünden pro Projektjahr bis zu 100.000 € zur Verfügung. Ein Begleitausschuss werde über die eingehenden Anträge entscheiden. Koordiniert werde die lokale Umsetzung des Bundesprogramms durch das Jugendinformations- und -beratungszentrum (Jib) der Abteilung Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit. In einer der nächsten Sitzungen werde dem Ausschuss über die Ergebnisse berichtet.

3.7. Zum Jubiläum „10 Jahre Jugend-online“:

Das Projekt „Jugend-online“ des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien bestehe im Herbst 2007 zehn Jahre. Zielgruppe von Jugend-online seien Jugendliche und junge Erwachsene, die mit den klassischen Methoden der Berufsberatung der Agentur für Arbeit nicht erreicht würden.

Seien es anfänglich 1997 Themen wie Bewerbungshilfen, Vorstellungsgespräche und Praktikumssuche gewesen, so wären in den vergangenen zehn Jahren weitere Themen hinzugekommen. So erstelle und pflege „Jugend-online“ verschiedene Internetportale, beispielsweise die Webseite www.jugend.muenster.de.

Jugend-online sei auch in den Stadtteilen Münsters aktiv. So würden die „Neuen Medien“ mittels Internetcafés in den Stadtteilen installiert und betreut. Die Jugendhilfe Münsters werde mittels Multiplikatorenschulungen über die „Neuen Medien“ unterrichtet und vielfach in den Anfängen kollegial beraten. An Aktualität habe Jugend-online nicht verloren, im Gegenteil. So beklage das Handwerk bei der Hälfte aller 500.000 Auszubildenden mangelnde Computerkenntnisse.

Finanziert worden sei das Projekt „Jugend-online“ in den zehn Jahren schwerpunktmäßig durch verschiedene lokale Stiftungen und die Agentur für Arbeit. Jugend-online feiere sein zehnjähriges Bestehen im Rahmen einer Feierstunde am 31.08.2007. Die Verwaltung arbeite zurzeit an einer Fortführung dieser wichtigen Maßnahme.

3.8. Zur Information über die Gewährung von Elterngeld nach der Auflösung der Versorgungsämter:

Die Landesregierung habe am 12.06.2007 den Gesetzentwurf zur Auflösung der Versorgungsverwaltung im Landtag eingebracht. Die zweite und dritte Lesung seien vom 22. bis 24.10.2007 geplant.

Ziel der Landesregierung sei es, die Versorgungsämter zum 31.12.2007 aufzulösen. In diesem Zusammenhang sollten u. a. die Aufgaben nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz zum 01.01.2008 auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen werden. Die neue Aufgabe „Elterngeld“ solle in der Abteilung Familien- und Erziehungshilfen des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien im Bereich Wirtschaftliche Jugendhilfe angesiedelt werden. Für den Bereich des Elterngeldes sollten entsprechend dem Gesetzentwurf 3,5 Stellen auf die Stadt übergeleitet werden. Angaben zur Personalverteilung lägen noch nicht vor.

3.9. Zu einem niedrigschwelligen Angebot im Rahmen des Inobhutnahme-Baustein-Systems:

Der Rat habe beschlossen, zum 01.12.2006 die beiden niedrigschwelligen Angebote „Masy“ und „sleep-in“ an einem Standort und in Trägerschaft des Diakonischen Werkes Münster e. V. zusammenzulegen. Über die Entwicklung sollte dem Ausschuss berichtet werden. Diese Mitteilung beziehe sich auf das sleep-in für Mädchen und junge Frauen.

Nach acht Monaten Erfahrung mit dem System für Mädchen und junge Frauen ziehe der Träger folgendes Resümee:

- Die Nachbarschaft zum sleep-in für Jungen habe zu keinen Problemen geführt. Der pädagogische Austausch der Fachkräfte werde als bereichernd angesehen.
- Die Herabsetzung der Altersgrenze von 27 auf 21 Jahren sei als sehr vorteilhaft zu bewerten. Die Probleme und Lebenssituationen der beiden Altersgruppen seien sehr unterschiedlich. Im schlechtesten Fall würden die Jüngeren durch die Älteren erste Einblicke in die härtere Straßen- und Drogenszene bekommen. Durch die Senkung der Altersgrenze werde damit der Schutzaspekt der jüngeren Nutzerinnen in den Vordergrund gerückt.
- Die Verringerung der Platzzahl von sechs festen und vier Notbetten auf insgesamt vier Betten habe sich mit Blick auf die Auslastung der acht Monate als mehr als ausreichend erwiesen. Insgesamt 235 Übernachtungen in diesen acht Monaten hätten zu einer Auslastung von 24 % geführt.
- Die Anzahl der neu aufgenommenen Mädchen und Frauen habe 28 Übernachterinnen betragen. Die Altersspanne reiche von 15 bis 23 Jahren (2 Personen unter 16 Jahren, 3 Personen über 21 Jahre). Das Durchschnittsalter betrage 18,4 Jahre.
- Die Aufenthaltsdauer im sleep-in habe von einer Nacht bis zu einem Monat gereicht. In Zahlen: 69 % blieben weniger als 5 Tage, 23 % seien zwei bis drei Wochen da, 8 % (= 3 Übernachterinnen) wären vier bis fünf Wochen im sleep-in.
- Der im früheren „Masy“ angebotene offene Treff werde heute durch einen niedrigschwelligen Freizeitreff für Mädchen und junge Frauen von der Streetwork kompensiert. Freitagvormittags werde dieser Frauentreff mit kostenlosem Frühstück angeboten. Eine Gesundheitsberatung werde durch Frau Dr. Schwarte vom Gesundheitsamt gewährleistet.

3.10. Zur Arbeit des Jugendrates:

Vom 01.09. bis 02.09.2007 würden Mitglieder des Jugendrates bzw. der Jugendforen Münsters in Begleitung von Frau Bülter an dem jährlichen „Workshop unter Palmen“ für Jugendgremien aus NRW in Herne teilnehmen.

Um eine einheitliche Außendarstellung der Foren und eine beständige Mail-Adresse auch nach Neuwahlen sicherzustellen, habe das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien für die sechs Jugendforen E-Mail-Adressen eingerichtet, die als Tischvorlage vorliegen würden.

Unter der Federführung der Volkshochschule Münster, die eine von 15 ausgewählten Standorten des bundesweiten Projektes: „Generationen lernen gemeinsam: Nachhaltig-

keit“ ist, werde mit der Seniorenvertretung und den Mitgliedern des Jugendrates der Stadt Münster eine Zukunftswerkstatt durchgeführt. Mit dem Titel: „Gemeinsam für ein faires Münster“ solle im November 2007 das gegenseitige Kennenlernen und das Herausfiltern von gemeinsamen Themen der Zukunft Ziel der nichtöffentlichen Veranstaltung sein.

3.11. Zur Teilnahme an dem Wettbewerb „Mit Kindern den Stadtteil gestalten“ im Rahmen des LBS Kinderbarometers - Wohnen in NRW:

Münster habe in Federführung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien neben neun weiteren Städten im Frühjahr 2006 an der Studie des LBS Kinderbarometers - Wohnen in NRW teilgenommen. Es seien Aspekte des Wohnens und des Wohnumfeldes am Beispiel des Stadtteils Gievenbeck erforscht worden, die das Wohlbefinden der Kinder beeinflussen.

Die Ergebnisse seien im Ausschuss vom ProKids Institut Herten präsentiert worden. Das Wohlbefinden der Kinder in Gievenbeck rangiere demnach deutlich über dem Durchschnitt im Vergleich zu den anderen Städten; in Bezug auf die Wohn- und Freizeitsituation habe Gievenbeck von den Kindern Bestnoten bekommen.

Die LBS-Initiative Junge Familie habe in Anlehnung an das Kinderbarometer einen Wettbewerb ausgelobt mit dem Ziel, die beteiligten Kommunen dazu anzuregen, innovative Projektideen zu entwickeln, die sich auf die Ergebnisse der Befragung beziehen. Gemeinsam mit dem Jugendforum West habe das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien Maßnahmen entwickelt, die sich direkt auf die Ergebnisse der Studie beziehen würden und in der vergangenen Woche einen von 2 Hauptpreisen in Höhe von 3.000 € erhalten hätten.

Es gehe um Maßnahmen zur Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten sowie eine Party für die 10 bis 13-jährigen Kinder bzw. Jugendlichen. Ferner um das Projekt „Ein Tag durch Gievenbeck“ mit den Bausteinen gemeinsame Sozialraum-Radtour, Besichtigung der Kaserne nahe dem Wohngebiet Auenviertel und definieren der aufgrund von mangelnder Beleuchtung als bedrohlich empfundenen Orte im Bereich Toppheide.

Zur weiteren Ausgestaltung und Umsetzung dieser Maßnahmen habe sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die aus drei Vertreter/-innen des Jugendforums West und aus pädagogischen Mitarbeiter/-innen des Fachwerk Gievenbeck bestehe.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen von Ausschussmitgliedern lagen nicht vor.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorstellen der Arbeit der Drogenberatungsstelle Münster gemeinsam mit dem Drogenhilfeverein Indro e. V. einschließlich Bericht über das Modellprojekt "SeM - Sekundäre Suchtprävention mit spätausgesiedelten jungen Menschen in Münster"

Der Vorsitzende begrüßte zu dem Tagesordnungspunkt den Leiter des Drogenhilfevereins Indro e. V., Herrn Dr. Schneider, und den Leiter der Drogenhilfe Münster, Herrn Linka.

Herr Linka und Herr Dr. Schneider gingen in ihrem gemeinsamen Bericht auf die inzwischen mehr als 30-jährige Arbeit der Drogenhilfe im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien ein. Vor etwa 20 Jahren sei der Verein Indro hier eingestiegen. In Münster habe man es aktuell mit einer Drogenszene von ca. 1.000 bis 1.200 Menschen zu tun.

Die Arbeit in diesem Bereich sei in drei wesentlichen Säulen zu erfassen, der Vorbeugung/Prävention, der suchtbegleitenden und ausstiegsorientierten Arbeit sowie der Strafverfolgung. Für die Vorbeugung/Prävention wurden vor allem die Projekte in Schulen sowie die dauerhafte Kampagne „voll ist out“ dargestellt. An dieser Stelle verwies Herr Linka auch auf die wichtige Arbeit des Vereins eve & rave, der sich vor allem der Partygängerszene widme.

Der gesamte Bereich der Suchtbegleitung sei vorrangig durch den Drogenhilfeverein Indro e. V. besetzt. Hier gehe es um niedrigschwellige Angebote, um Alltagshygiene und medizinische Sofortversorgung für Drogengebraucher. Hierfür halte der Verein mit dem Kontaktladen, der drogentherapeutischen Ambulanz und dem Konsumraum zum Teil überlebenswichtige Angebote vor. Ergänzt werde dies durch den Spriztensausch und die mobile Spritzenentsorgung, bei denen pro Woche ca. 2.500 Spritzen fachgerecht entsorgt würden. Herr Linka und Herr Dr. Schneider erläuterten verschiedene statistische Angaben zu ihrer Arbeit.

Sie schlossen ihren Vortrag mit weiteren Informationen zur Frauenarbeit einschließlich einer Kinderbetreuung, der aufsuchenden Arbeit in der Justizvollzugsanstalt, der aktuell besonderen Problematik mit Kiffern und zu den verschiedenen Selbsthilfegruppen sowie Kooperationspartnern.

Nach der Beantwortung verschiedener Detailfragen erläuterte Herr Paschert ergänzend das Modellprojekt SEM, in dem es um interkulturelle Ansätze in der sekundären Suchtprävention ging. In Kooperation mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe hatte sich das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien an dem Projekt beteiligt und in den Stadtteilen Gievenbeck und Berg Fidel Maßnahmen für eine stärkere Verzahnung von Drogenhilfe und Jugendhilfe erprobt. In dem Projekt sei es gelungen, Jugendliche zu erreichen, denen über die bisherigen Zugänge nicht geholfen werden konnte. Auf den Erfahrungen des Projekts basierend solle nun mit freien Trägern der Transfer der Maßnahmen und Erkenntnisse in andere Stadtteile bewerkstelligt werden.

Von allen Fraktionen wurden die Vorträge und die dargestellten Aktivitäten in diesem Fachbereich sehr positiv bewertet. Alle dankten den Akteuren für die geleistete Arbeit und vor allem die jahrelange gute Kooperation in dem Arbeitsfeld.

Abschließend sprach der Vorsitzende Herr Linka seinen besonderen Dank aus, der im folgenden Monat aus dem Dienst der Stadt Münster ausscheiden werde und damit zum letzten Mal als Mitarbeiter der Verwaltung an einer Sitzung des Ausschusses teilnahm. Im Namen des Ausschusses wünschte er Herrn Linka Glück und Gesundheit für die Zukunft und seinem Nachfolger einen guten Start.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0501/2007**

**Aufhebung der Schulbezirke für die städtischen
Grundschulen
Festlegung der Zügigkeiten ab dem Schuljahr
2008/2009**

Frau Dr. Hanke führte in die Vorlage ein und erläuterte ihren rechtlichen Anlass sowie die Kriterien für den vorgelegten Entscheidungsvorschlag der Verwaltung. Ferner stellte sie die Handhabung der Wünsche der betroffenen Schulen dar, einschließlich der Punkte, in denen Vorstellungen von Schulen nicht gefolgt werden sollte. Schließlich berichtete sie über die in einzelnen Fällen geplanten baulichen Maßnahmen an Schulen.

Von verschiedener Seite wurde darauf hingewiesen, dass sich eine Ablehnung des Verwaltungsvorschlags auf das zu Grunde liegende Gesetz, nicht aber auf die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben durch die Verwaltung beziehen würde.

Frau Möllers beantragte, über den Beschlusspunkt 1 der Vorlage gesondert abzustimmen.

Der Vorsitzende ließ daraufhin zunächst über den Beschlusspunkt 1 der Vorlage abstimmen. Der Ausschuss beschloss mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegen-Stimmen, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Die ‚Rechtsverordnung für die Bildung von Schulbezirken für die katholischen Grundschulen, die evangelischen Grundschulen und die Gemeinschaftsgrundschulen der Stadt Münster‘ vom 08.06.1982 in der Fassung vom 09.11.2006 wird mit Ablauf des 31.07.2008 aufgehoben (vgl. Anlage 1).“

Anschließend beschloss der Ausschuss einstimmig bei 4 Enthaltungen, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

2. „Die ‚Rechtsverordnung für die Bildung eines Schuleinzugbereiches für das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium - Städt. Gymnasium -, vom 14.12.2000 wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben (vgl. Anlage 2).
3. Der Rat beschließt auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 13.12.2006 (V/1023/2006) mit Wegfall der Schulbezirksgrenzen gemäß § 81 Absatz 1 Schulgesetz NRW folgende Änderung des Ratsbeschlusses zur ‚Sicherung des geordneten Schulbetriebes für die städtischen Schulen‘ vom 02.11.1983, zuletzt geändert mit Ratsbeschluss vom 21.02.2007 (vgl. Anlage 3):

Ziffer 1: Grundschulen

Die Ziffern 1.1 bis 1.4 werden gestrichen. Stattdessen wird eingesetzt:

- 1.1 Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen werden unter Berücksichtigung des vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW festgelegten jeweils gültigen Klassenfrequenzhöchstwertes (Höchstwert der Bandbreite) ab dem 01.08.2008 wie folgt festgelegt:

	Zahl der Eingangsklassen
Stadtbezirk Mitte-Altstadt	
Martinischule	2
Aegidii-Ludgeri-Schule	1 zzgl. eine jahrgangsübergreifende Montessori-Klasse
Stadtbezirk Mitte-Innenstadtring	
Kreuzschule	2
Martin-Luther-Schule	2
Bodelschwingschule	2
Overbergschule	1
Johannisschule	2

Stadtbezirk Mitte-Süd

Hermannschule	2
Dietrich-Bonhoeffer-Schule	2
Matthias-Claudius-Schule	3
Gottfried-von-Cappenberg-Schule	3

Stadtbezirk Mitte-Nordost

Dreifaltigkeitsschule	1
Thomas-Morus-Schule	3
Pötterhoekschule	2
Mauritzschule	2

Stadtbezirk West

Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Nienberge	3
Wartburgschule	4
Michaelschule	4
Mosaik-Schule	3
Theresienschule	2
Marienschule Roxel	4
Peter-Wust-Schule	3
Ludgerusschule Albachten	3

Stadtbezirk Nord

Grundschule Sprakel	2
Paul-Schneider-Schule	3
Grundschule am Kinderbach	2
Grundschule Kinderhaus-West	4
Melanchthonschule	2
Norbertschule	3

Stadtbezirk Ost

Astrid-Lindgren-Schule Gelmer	1
Matthias-Claudius-Schule Handorf	2
Kardinal-von-Galen-Schule Handorf	2
Pleisterschule	2
Margaretenschule	2

Stadtbezirk Südost

Idaschule	3
Pestalozzischule	1
Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Angelmodde	2
Eichendorffschule Angelmodde	3
Nikolaischule Wolbeck	4

Stadtbezirk Hilstrup

Grundschule Berg Fidel	2
Marienschule Hilstrup	2

Clemensschule Hiltrup	2
Paul-Gerhardt-Schule Hiltrup	2
Ludgerusschule Hiltrup	4
Grundschule Loevelingloh	1
Davertschule Amelsbüren	3

- 1.2 In begründeten Ausnahmefällen kann in einzelnen Schuljahren mit Zustimmung des Schulträgers und in Abstimmung mit der Unteren Schulaufsicht auf Antrag eine weitere Klasse gebildet werden. Dies muss im Gebäudebestand organisiert werden und darf nicht zu Raumansprüchen gegenüber dem Schulträger führen (keine baulichen Erweiterungen).
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass lt. dem Beschlussvorschlag unter Ziffer 3 insgesamt höhere Platzkapazitäten bei den Eingangsklassen der städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2008/2009 entstehen im Vergleich zu den gebildeten Eingangsklassen für das neue Schuljahr 2007/2008.
Der Vergleich der Entwicklung der wohnberechtigten Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 10 Jahren bis zum Jahr 2015 lt. der Kleinräumigen Bevölkerungsprognose mit der Platzkapazität der städtischen Grundschulen lt. Beschlussvorschlag Ziffer 3 ergibt sich aus Anlage 4.
5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, rechtzeitig vor den Anmeldeterminen für das Schuljahr 2011/2012 für die städtischen Grundschulen die sog. ‚Orientierungsphase‘ laut Ratsvorlage V/1023/2006 auszuwerten und Entscheidungsvorschläge im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zu erarbeiten. Dies schließt Aussagen zu Standortfragen und Kapazitätsplanungen mit ein.
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass zur Umsetzung der unter Ziffer 3 genannten Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen an den nachstehend genannten Schulen bauliche Maßnahmen notwendig sind. Über diese Baumaßnahmen hinaus führt die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern entsprechend der festgelegten Zügigkeit nicht zu Raumansprüchen bei den aufnehmenden Schulen.

6.1 Davertschule Amelsbüren

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass nach der Schülerprognose steigende Schülerzahlen zu erwarten sind und es ausgehend von der Klassenbildung in Richtung 3-Zügigkeit zu Raumengpässen kommen kann. In Abhängigkeit von den tatsächlichen Anmeldezahlen werden zum Schuljahr 2008/2009 zwei Unterrichtsräume durch Umbau des Umkleidebereiches des Hallenbades Amelsbüren geschaffen. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die verbleibende Fläche des Bades zur Herrichtung eines Gymnastikraumes einschließlich Umkleide-, Dusch- und Sanitärbereich ausreicht. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Entwicklung der Davertschule Amelsbüren zu beobachten. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt vorübergehend zwei weitere Räume - evtl. in mobiler Bauweise - geschaffen und die Haushaltsmittel dafür bereitgestellt werden müssen.

6.2 Theresienschule

Zur Deckung des Raumbedarfs der 2-zügigen Theresienschule wird durch Ausbau des Dachgeschosses ein zusätzlicher Unterrichtsraum geschaffen.

6.3 Grundschule Sprakel

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass nach der Schülerprognose steigende Schülerzahlen zu erwarten sind und es in Abhängigkeit von der Klassenbildung in Richtung 2-Zügigkeit zu Raumengpässen kommen kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Entwicklung zu beobachten und im Bedarfsfall rechtzeitig Raumkonzepte zu entwickeln.

II. Kosten/Folgekosten

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die baulichen Maßnahmen lt. Ziffer 6 bisher keine Mittel im Haushalt veranschlagt sind. Die erforderlichen Mittel werden wie folgt zusätzlich bereitgestellt:

Produktgruppe (PG)/ Teilfinanzplan/Maßnahmeziffer	Haushalts- jahr	Betrag €
Davertschule Amelsbüren - Schaffung von 2 Unterrichtsräumen PG 0301 Leistungen für Schulen Maßnahmeziffer 4140		
Auszahlung für Baumaßnahmen	2008	100.000
Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2008	15.000
	gesamt	115.000
Theresienschule - Schaffung von 1 Unterrichtsraum PG 0301 Leistungen für Schulen Maßnahmeziffer 4150		
Auszahlung für Baumaßnahmen	2008	125.000
Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2008	7.500
	gesamt	132.500“

Punkt 7 der Tagesordnung V/0573/2007

Gesamtkonzept der Pflegekinderarbeit in Münster; Bericht über die Entwicklung der Pflegekinder- arbeit von 2004 bis 2006

In ihrer Einführung blickte Frau Dr. Hanke auf den im Jahr 2003 angestoßenen Prozess zur Neukonzeption der Pflegekinderarbeit zurück. Inzwischen könne man auf ein gut funktionierendes Netzwerk aus freiem und öffentlichem Träger bauen, das den Belangen der Herkunftsfamilien, der Kinder und auch der Pflegefamilien Rechnung trage. Dabei erweise sich die enge Einbindung freier Träger als Erfolgsfaktor.

Frau Pohl ergänzte die Erläuterungen um weitere Einzelaspekte. Nach einem Rückblick auf die kontroverse Diskussion am Beginn der Entwicklung schilderte sie vor allem die Beteiligung vieler Betroffener, von denen im Verfahren zahlreiche Anregungen gegeben und aufgenommen werden konnten. Sie vertiefte die Informationen über die Kooperation des Fachdienstes mit dem freien Träger.

Anschließend stellten Frau Köster-Goorkotte und Frau Gittner die Umsetzung der konzeptionellen Neuausrichtung im Detail vor. Das entwickelte gemeinsame Projekt mit der Beratungsstelle Südviertel basiere auf zwei Ansätzen, der Soforthilfe bei akuten Problemlagen und einem Gruppenangebot. Das Projekt sei evaluiert und dessen Ziele erreicht worden.

Im Einzelnen wurde die Arbeit mit den Herkunftseltern geschildert, an denen sowohl Mütter und Väter teilnahmen, bei denen die Herausnahme lange zurück gelegen habe, wie auch Mütter

und Väter, die stationäre Hilfe in Anspruch nahmen und daran beteiligt waren. Der Erfolg der Maßnahme zeige, dass die Zeit reif war, diese Maßnahme umzusetzen. Abschließend wurde die Umsetzung der Neukonzeption bei den Pflegschaften mit dem Hinweis dargestellt, dass ehrenamtliche Vormünder gezielt gesucht werden sollten.

In mehreren Beiträgen wurde betont, wie wichtig es gewesen sei, seinerzeit diesen Prozess anzugehen und dass die Arbeit mit den Herkunftseltern eine besondere Bedeutung habe. Verbunden mit dem Dank an alle Beteiligten für die geleistete Arbeit wurde darum gebeten, den Prozess fortzuführen.

Nach der Beantwortung einiger Detailfragen nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Im Anschluss an die Aussprache verabschiedete der Vorsitzende Frau Köster-Goorkotte, die im Herbst nach 20jähriger Tätigkeit aus dem Dienst der Beratungsstelle Südviertel e. V. ausscheiden werden und zum letzten Mal an einer Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien teilnahm. Herr Rickfelder bedankte sich im Namen des Ausschusses für die Zusammenarbeit und wünschte Frau Köster-Goorkotte Glück für ihre berufliche Zukunft.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0569/2007**

**Bildung von Arbeitsgemeinschaften nach
§ 78 SGB VIII;
hier: Auflösung der AG 1 "Kinderfreundlichkeit/
Kinderbeteiligung" und Weiterentwicklung der
AG 7 "Mädchen"**

Frau Pohl erläuterte die mit den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII entwickelten strukturellen Veränderungen für die AG 1 „Kinderfreundlichkeit/Kinderbeteiligung“, die aufgelöst werde, und die AG 7 „Mädchen“, die zur neuen AG 1 „Mädchen und Jungen/Gender“ weiterentwickelt werde.

In der sich anschließenden kurzen Aussprache wurden diese Prozesse unterstützt, wobei vor allem die Moderation der Veranstaltungen zur Entwicklung einer Arbeitsgemeinschaft „Mädchen und Jungen/Gender“ begrüßt wurde.

Die Sprecherin bzw. der Sprecher der betroffenen Arbeitsgemeinschaften erläuterten aus ihrer Sicht die initiierten Prozesse, die sie ebenfalls unterstützten und dabei die einvernehmliche Regelung bestätigten. Für die AG 1 „Kinderfreundlichkeit/Kinderbeteiligung“ fasste Herr Siegel die bisherige Entwicklung und die erzielten Arbeitsergebnisse zusammen und verwies darauf, dass die inhaltlichen Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft als Querschnittsthemen in der Arbeit der übrigen Arbeitsgemeinschaften verortet werden sollten.

Der Ausschuss würdigte die Leistungen der beteiligten Arbeitsgemeinschaften und nahm den Bericht zur Kenntnis.

Herr Rickfelder verabschiedete die Sprecher der bisherigen AG 1 „Kinderfreundlichkeit/Kinderbeteiligung“, Herrn Siegel und Herrn Dingerkus, und dankte ihnen für ihr persönliches Engagement für die Belange der Arbeitsgemeinschaft. Er drückte seine Überzeugung aus, dass der neue Jugendrat der Stadt Münster und der Ausschuss selbst die Anliegen der Kinderfreundlichkeit und Kinderbeteiligung berücksichtigen würden.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es gab keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

gez.

Josef Rickfelder
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck
Schriftführung